

13. Werkstattgespräch am 21.01.2006 in Berlin

AK-Stadtumbau

Strukturförderperiode der EU 2007 bis 2013: Neue Chancen für den Stadtumbau?

Im Rahmen des Stadtumbaus sind Aufwertungsmaßnahmen für die langfristige Qualifizierung und Stabilisierung der Städte unerlässlich, darin sind sich die Akteure des Stadtumbaus weitgehend einig. Einige Länder haben sich entschieden, in den ersten Stadtumbaujahren schwerpunktmäßig den Abriss zu fördern, um den Wohnungslieferstand deutlich zu verringern. Da die Bundes- und Landesmittel in den kommenden Jahren aufgrund von Einsparungen geringer ausfallen und die Rückbaubedarfe weiterhin als hoch eingeschätzt werden, stehen in Zukunft für die Aufwertung geringere Summen – als ursprünglich beabsichtigt - zur Verfügung.

Bereits heute nutzen einige Städte im jetzigen Förderzeitraum (2000-2006) gezielt EU-Finanzhilfen z.B. aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für Aufwertungsprojekte. In welcher Form diese Mittel in den ersten Stadtumbaujahren eingesetzt wurden und ob auch die künftige Strukturförderperiode (2007 bis 2013) eine reelle Chance für die Städte darstellt, die Aufwertung zu finanzieren, war Thema einer Veranstaltung des Arbeitskreises Stadtumbau, der am 21. Januar mit fast fünfzig Teilnehmern in den Räumen der Berliner Architektenkammer tagte.

Stefan Krapp vom Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) des Landes Brandenburg verdeutlichte aus Landessicht zunächst die grundsätzlich verschiedene Herangehensweise und Systematik von EU-Förderung im Verhältnis zur nationalen Städtebauförderung in Deutschland: Die EU habe grundsätzlich keine direkten Kompetenzen für die Stadtentwicklung, da ihr Ursprung in der regionalen Wirtschaftsförderung liege. Wesentliches Ziel im Rahmen der Kohäsionspolitik der EU sei es, die wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten auf städtischer Ebene durch integrierte Maßnahmen der Stadtentwicklung auszugleichen. Grundlegende Zielsetzungen für die Verwendung von Mitteln aus den Strukturfonds EFRE, ESF (Europäischer Sozialfonds) und EAGFL (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft) werden im Rahmen des Operationellen Programms auf Landesebene getroffen. Für Brandenburg ist das Wirtschaftsministerium als Fondsverwalter federführend für die Festlegung der Verteilung der Fördermittel und somit auch für Maßnahmen der Stadtentwicklung.

In der jetzigen Förderperiode werden in Brandenburg aus den Strukturfonds EFRE und ESF das Programm ZiS (Zukunft im Stadtteil), das „Brachflächenprogramm“ mit Schwerpunkt Konversion und das Programm URBAN II gefördert. Die Maßnahmen werden jeweils durch das Land und die Kommunen kofinanziert. (Weitere Informationen unter www.nipp.brandenburg.de).

Für die neue Förderperiode ab 2007 wurden von der EU drei neue „Strategische Leitlinien“ formuliert: Schaffung attraktiver Städte, Förderung von Innovation, Unternehmertum und wissensbasierter Ökonomie und mehr und bessere Arbeitsplätze. Die EU-Kommission setzt sich für einen integrierten und ganzheitlichen Stadtentwicklungsansatz ein und stellt vier Kernthemen „Verkehr/ Erreichbarkeit/ Mobilität“, „Verbesserung des Zugangs zu Dienstleistungen und Einrichtungen“, „Natürliche und physische Umwelt“ und „Kultur“ gleichberechtigt neben

einander. Das Land Brandenburg koppelt die eigene Fördermittelstrategie an die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, d.h. der Stärkung der „Regionalen Wachstumskerne“. EU-Förderung wird laut Krapp in Brandenburg künftig nur für die größeren Städte ab 20.000 EW von Interesse sein. Die Erfahrungen der kleinsten und in Brandenburg einzigen URBAN II - Stadt Luckenwalde zeigen einen hohen Verwaltungsaufwand der Fördermitelabwicklung mit Brüssel. Die konkrete Finanzausstattung der neuen Fondperiode wird für interessierte Kommunen erst 2007 klar sein, denn so lange wird sich die Erarbeitung der Operationellen Programme noch hinziehen.

Der Stadtstaat Berlin nimmt mit der Beteiligung an den Programmen Stadtumbau Ost als auch Stadtumbau West eine Sondersituation ein, wie Jochen Hucke von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ausführte. Räumlich konzentrierte Leerstände in den Großsiedlungen und strukturelle Schwächen in unsanierten innerstädtischen Altbaugebieten haben dazu geführt, dass diese Gebiete bereits seit 2001 im Programm Stadtumbau Ost berücksichtigt werden. Ganz aktuell wurden im Rahmen von Stadtumbau West für ausgewählte Altbaugebiete mit hohen Leerständen in Westberlin (in den Bezirken Tiergarten, Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg, Spandau) Vorbereitende Untersuchungen abgeschlossen, die im Februar zur öffentlichen Beteiligung in den Bezirksämtern auslagen. Aus der jetzigen EU-Förderperiode stehen von insgesamt 766 Mio. EFRE-Mitteln 121 Mio. Euro für städtebauliche Projekte zur Verfügung. Die EU- Förderung städtebaulicher Vorhaben wird von Hucke auch für die kommende Periode positiv eingeschätzt, hier trage zum einen eine gute Zusammenarbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und zum anderen die flexible Fördermittel-Handhabung im Stadtstaat, bei.

Wie die Stadt Leipzig versucht, den integrierten Ansatz der EU auf lokaler Ebene zu nutzen, stellte Frau Hochtritt vom Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung und Koordinatorin für den Stadtumbau im Leipziger Osten dar. Seit vielen Jahren ist die EU-Förderung in Leipzig fester Bestandteil der Stadtentwicklung, insbesondere in den Schwerpunktgebieten des Stadtumbaus: der Leipziger Westen ist URBAN II – Fördergebiet, während wesentliche Vorhaben im Leipziger Osten und der Großsiedlung Grünau aus dem EFRE-Strukturfonds finanziert werden. In Leipzig ist die Finanzierung rein baulich-investiver Vorhaben in den letzten Jahren um sozialräumliche, soziale und wirtschaftliche Projekte erweitert worden. Die Unterstützung lokaler Ökonomie gewinnt zunehmend an Bedeutung. So wurden in der jetzigen Förderperiode Mittel aus EFRE zum einen zur Finanzierung städtischer und lokaler Infrastrukturmaßnahmen) verwendet, sowie zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) im Stadtteil. Weiterhin wurden soziale Projekte und Projekte der Kooperation und Öffentlichkeitsarbeit aus EFRE finanziert. Laut Hochtritt bereite sich Leipzig seit geraumer Zeit für die kommende EU-Förderperiode vor. Man versuche in der Planung so gut wie möglich Städtebauförderung mit EU-Förderung zu koppeln und die notwendige kommunale Gegenfinanzierung durch die Unterstützung von Privaten zu ermöglichen. Sie selbst sei seit Monaten auf den wichtigen Netzwerktreffen und beim Land „investigativ unterwegs“.



VEREINIGUNG FÜR STADT-, REGIONAL- UND LANDESPLANUNG

Thomas Lenz vom Stadtplanungsamt der Stadt Brandenburg a. d. Havel berichtete von seinen langjährigen Erfahrungen mit der Umsetzung von EU-Programmen in der Kommune. Durch das URBAN I Programm von 1994 habe die Bahnhofsvorstadt stark an Qualität gewonnen. Ein Erfolg wird in der Umsetzung von eher wenig innovativen, aber wahrnehmbaren Maßnahmen im öffentlich Raum gesehen. Das folgende Programm „Zukunft im Stadtteil“ hat sich v. a. der Funktionsschwächesanierung der historischen Innenstadt gewidmet. Die Koordinationstätigkeiten der Stadt haben sich auf Einzelhandel, Kultur und Außenmarketing konzentriert und dafür ein Citymanagement aufgebaut, das nunmehr sichtbare Wirkung in der Innenstadt zeigt. Die Stadt wird sich um die neuen EU-Strukturfondsmittel bewerben. Bei den Vorbereitungen werden die Koordination der kommunalen Fachressorts, die – sicher schwierige – Sicherung des kommunalen Miteleistungsanteiles, die Integration von Arbeitsförderprogrammen und die Abschätzung von Folge- bzw. Betriebskosten der anvisierten Projekte im Mittelpunkt stehen.

In der Diskussion waren sich die Teilnehmenden an der Veranstaltung einig: Positiv für einen erweiterten Ansatz im Stadtumbau erscheint die integrierte ganzheitliche Ausrichtung der EU-Förderung, die Mittel für notwendige Qualifizierungsmaßnahmen in den Städten bereitstellt.

Beate Glöckner (IRS Erkner), Thomas Thurn (SRL)